

VdPV



XXIII. Bundeskongress in Fulda

**Wir haben die Weichen
erfolgreich neu gestellt!**



ZUSAMMENHALTEN



*Liebe Mitglieder
und Freunde des VdPV,

Liebe Leser der Landpost!*

ein harmonischer Verbandskongress liegt hinter uns. Die schöne Bischofsstadt Fulda war ein toller Gastgeber. Alle fühlten sich wohl, auch in unserem Hotel, dem Parkhotel Fulda.

Entsprechend harmonisch lief das Arbeitsprogramm ab. Die Weichen für die kommenden Jahre wurden gestellt. Derzeit arbeiten wir mit Hochdruck an der Fertigstellung unseres Buches über den Posthalterverband, über Posthalterinnen und Posthalter und über Briefträger. Ziel ist es, dass Sie im Dezember statt einer Landpost dieses Geschichtsbuch kostenlos erhalten. Drücken Sie uns die Daumen, dass es funktioniert.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen und einen schönen Sommer.

Herzliche Grüße

Ihr **Ulrich Bösl**
VdPV-Bundesvorsitzender



Dieses Bild sandte uns Tim Grewe zu.

Es zeigt eine Bushaltestation in Stuttgart. Das Postdörfle ist ein Arbeiterstadtteil aus dem letzten Jahrhundert. Postdörfle heißt es, weil dort viele Post und Eisenbahner leben.

TITELBILD: Bildnachweis © 563261152 - Roman - www.stockadobe.com

VDPV FORDERT

Respekt der Postnachfolgeunternehmen gegenüber den Beschäftigten

Mit der Überschrift „DHL Gruppe übertrifft Ergebnisprognose und erhöht Dividende“ beginnt die Pressemitteilung für den Jahresabschluss 2025. Und auch die Deutsche Bank/ Postbank vermeldet super Gewinne. Aber das dies auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschieht, wird verheimlicht.

Diese klagen über Arbeitsverdichtung und immer mehr Arbeitsdruck. Die Mitarbeiterfluktuation ist deshalb enorm. Wir, der VdPV fordern von den Unternehmen mehr Respekt und Achtsamkeit gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und auch diese sollten nach der Hauptversammlung einen extra Bonus bekommen.

Entschliebung:

Der XXIII VdPV Kongress in Fulda vom 28. bis 29. April 2026 lehnt eine mögliche Auflösung oder Zerschlagung der Bundesanstalt Post und Telekom-BanSTPT ab. Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien für eine Überprüfung und Abschaffung von Behörden ausgesprochen und die BanSTPT namentlich genannt. Die BanSTPT ist zu einem beamtenrechtlichen Servicepunkt für Beamtinnen und Beamte sowie für Ruheständler und Hinterbliebene geworden. In den Postnachfolgeunternehmen PNU — ist die beamtenrechtliche Kompetenz abgezogen worden und bei der BanSTPT angesiedelt worden. Wird die BanSTPT aufgelöst fehlt den Betroffenen der Ansprechpartner, zumal das

Beamtenrecht für Beamtinnen und Beamte der PNU nicht mit den übrigen Bundesbeamten übereinstimmt. In den PNU gibt es keine Ansprechpartner für Ruheständler und Hinterbliebene. Da evtl. das Bundesfinanzministerium die Aufsicht über Postbeamtenkrankenkasse, Betreuungswerk und Erholungswerk direkt übernimmt. Dagegen gibt es keine Einwände. Auch sollte geprüft werden ob das Eisenbahnsondervermögen und die BanSTPT nicht stärker kooperieren. Sämtliche Kosten der BanSTPT müssen von den PNU übernommen werden, da die BanSTPT die Aufgaben der PNU übernommen hat. Dem Steuerzahler darf die BanSTPT nichts kosten. ■

[ub]

NACHRUF

Ein zweites Leben für Bosnien

Kürzlich verstarb mit Christian Schwarz-Schilling, der letzte lebende Postminister. Während seiner Amtszeit fand die drei Teilung der Bundespost statt und damit die Privatisierung von Post, Postbank und Telekom. Auch wenn das nicht unser Wunsch als VdPV war, Schwarz-Schilling war ein bedeutender Demokrat, ein Menschenrechtler. Wir werden ihm ehrend gedenken. U.B

Die FAZ berichtete in Ihrem Nachruf:

In Deutschland wird Christian Schwarz-Schilling meist mit der Einführung des Privatfernsehens und der Privatisierung der Post assoziiert. Er selbst berichtete, wie ein Augusttag des Jahres 1992 der wohl prägendste Tag seines Lebens gewesen sei. Seit 1982 Minister für Post- und Fernmeldewesen unter Bundeskanzler Helmut Kohl, las er am Strand von Juan-les-Pins Zeitungsberichte des amerikanischen Reporters Roy Gutman aus dem Krieg in Bosnien-Herzegowina. Es ging um Massaker, Vergewaltigungen, Folterlager.

Im Vorwort zu Schwarz-Schillings 2020 erschienenem Buch „Der verspielte Frieden in Bosnien. Europas Versagen auf dem

Balkan“ hat Michael Schmunk, einst deutscher Botschafter in Sarajevo, anschaulich beschrieben, was die Lektüre auslöste: „Der Bosnienkrieg, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor allem in den Enklaven und sogenannten UN-Schutzzonen (...) und der darauf folgende Versuch, ein neues, besseres, versöhntes Bosnien aufzubauen, sollten von da an - bis heute - sein Leben be-



Bild: Frank Röth

stimmen.“ Schwarz-Schillings zweites politisches Leben begann mit einem Paukenschlag. Bei einer hitzigen Kabinettsdiskussion im Dezember 1992 über die deutsche Bosnienpolitik sagte der hessische CDU-Politiker: „Ich schäme mich, diesem Kabinett anzugehören, wenn es beim Nichtstun bleibt.“ Kohl soll entgegnet haben, niemand sei gezwungen, Teil seiner Regierung zu sein. Wenige Tage später erklärte „CSS“ seinen Rücktritt.

Im Februar 2006 wurde er, auf Vorschlag von Kanzlerin Angela Merkel, der er weltanschaulich näher stand als Kohl, zum Hohen Repräsentanten der Staatengemeinschaft in Bosnien ernannt. Glücklos, ohne Rückendeckung aus Berlin und mit Denunzianten in seiner nächsten Umgebung hielt er sich aber nur ein Jahr im Amt. Sein bosnisches Engagement versiegte jedoch nie.

Am Montag, den 6. April 2026 ist Schwarz-Schilling, geboren 1930 in Innsbruck als Sohn eines Komponisten und einer Pianistin, an seinem Wohnort Büdingen verstorben. ■

[ub]

TAGUNG DES VERBANDES DES POSTVERTRIEBSPERSONALS IN FULDA

Grußwort Sebastian Müller, MdL

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Verbands des Postvertriebspersonals,

ich freue mich sehr, Ihnen zum Bundeskongress des Verbands des Postvertriebspersonals meine herzlichen Grüße zu übermitteln. Ihrem Berufsverband, der auf eine über 120-jährige Geschichte zurückblicken kann, gilt mein ausdrücklicher Respekt. Diese lange Tradition steht für Verlässlichkeit, Organisationstalent und vor allem für die Menschen, die über Generationen hinweg dafür gesorgt haben, dass Nachrichten, Informationen und wichtige Sendungen ihr Ziel erreichen.

Das Postvertriebspersonal ist weit mehr als ein „Dienstleister“ im Alltag. Es ist ein Stück Infrastruktur im besten Sinne: verbindend, vertrauenswürdig, nah am Menschen. Gerade in ländlichen Räumen – dort, wo Wege länger sind und persönliche Kontakte eine besondere Rolle spielen – war und ist die Post ein

zentraler Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens. Wer täglich unterwegs ist, kennt nicht nur Straßen und Hausnummern, sondern auch die Geschichten, Sorgen und Freuden der Menschen. Diese Nähe verdient Anerkennung. Für mich ist dieses Thema zudem persönlich: Im Elternhaus meiner Mutter befand sich über viele Generationen die Posthalterei Simmershausen. Aus Erzählungen in der Familie ist mir lebendig geblieben, welche Bedeutung die Post früher im Dorf hatte. Ich erinnere mich an Geschichten, wie Dorfbewohner im Haus meiner Familie ihre Rentenzahlungen abholten – und wie die Posthalterei ein Ort war, an dem man sich begegnete, austauschte und half. Und ich weiß noch aus den Geschichten meiner Großeltern, wie stolz man war, dass wir erst die zweite Familie im Ort waren, die überhaupt ein Telefon besaß. Wenn es dann wichtige Neuigkeiten gab, wurden die Kinder der Familie ins Dorf geschickt, um diese weiterzugeben. Das klingt heute fast wie aus einer anderen Zeit – zeigt aber, welche Rolle Post und

Kommunikation für Zusammenhalt, Sicherheit und Alltag hatten. Heute hat sich vieles verändert: Digitalisierung, neue Logistikketten, ein wachsender Zeitdruck und hohe Anforderungen im Zustell- und Vertriebsbereich prägen den Berufsalltag. Umso wichtiger ist es, dass wir diejenigen, die diese Arbeit leisten, nicht aus dem Blick verlieren. Gute Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung, verlässliche Planung, Gesundheits- und Arbeitsschutz sowie Wertschätzung für eine körperlich und organisatorisch anspruchsvolle Tätigkeit sind zentrale Punkte – und bleiben es. Ich wünsche Ihnen für Ihren Bundeskongress gute Beratungen, konstruktive Diskussionen und klare Ergebnisse. Vor allem wünsche ich Ihnen Zusammenhalt und Rückenwind für Ihre wichtige Arbeit und Ihre Interessenvertretung.

Mit herzlichen Grüßen Sebastian Müller

TAGUNG DES VERBANDES DES POSTVERTRIEBSPERSONALS IN FULDA

Grußwort OB Dr. Heiko Wingenfeld

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde des VdPV, zum XXII. Bundeskongress des VdPV in Fulda sende ich Ihnen herzliche Grüße und wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine erfolgreiche Veranstaltung in angenehmer Tagungsatmosphäre.

Ihr Verband blickt auf eine lange und beeindruckende Geschichte von mehr als 120 Jahren zurück. Aus den Anfängen als Zusammenschluss der Posthalter hat sich der Verband im Laufe der Zeit stetig weiterentwickelt und an neue Rahmenbedingungen angepasst. Auch wenn sich Strukturen und Berufsbilder verändert haben, bleibt die Bedeutung eines funktionierenden Post- und Kommunikationswesens bis heute groß. Über viele Generationen hinweg hat die Post Menschen, Regionen und Institutionen miteinander verbunden und damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben geleistet. Ich persönlich fühle mich mit der Institution Post schon seit Schülertagen durch verwandtschaftliche Bezüge sowie durch diverse Ferienjobs bei der damaligen Hauptpost in Fulda sehr verbunden.



Dr. Heiko Wingenfeld, Oberbürgermeister der Stadt Fulda

Dass der VdPV bis heute aktiv ist und die Interessen seiner Mitglieder vertritt, zeigt, wie wichtig Engagement, Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung in einer starken Gemein-

schaft sind. Wenn Mitglieder aus ganz Deutschland in Fulda zusammenkommen, bietet sich die Gelegenheit, auf das Erreichte zurückzublicken und zugleich neue Impulse für die kommenden Jahre mitzunehmen. Besonders der persönliche Austausch und die Begegnungen untereinander machen solche Veranstaltungen so wertvoll.

Ich wünsche Ihnen gute Diskussionen, viele interessante Begegnungen und einen erfolgreichen Verlauf des Kongresses. Zugleich hoffe ich, dass auch etwas Zeit bleibt, die schöne Stadt Fulda zu genießen. Und wenn es Ihnen in unserer Stadt gefallen hat, bietet in diesem Jahr der in Fulda stattfindende Hesenstag (vom 12. bis 21. Juni), das größte Landesfest Deutschlands, einen hervorragenden Anlass, die Eindrücke noch einmal zu vertiefen und das besondere kulturelle Rahmenprogramm mit einem Staraufgebot bei den Domplatzkonzerten und vielen weiteren Attraktionen zu genießen.

Ihr Dr. Heiko Wingenfeld Oberbürgermeister der Stadt Fulda

BUCHTIPP

Generation rechts?

Lange galt die Annahme, die Jugend lege Wert auf Nachhaltigkeit, Gendern und Wokeness-Klischees, die spätestens seit der Bundestagswahl 2025 widerlegt sind.

Hier wählte jeder Fünfte unter den 18- bis 24-Jährigen die AfD, in einigen Regionen war es sogar jeder Zweite bis Dritte; nur die Linke schnitt in dieser Gruppe noch besser ab. Was auffällt: Die AfD ist die beliebteste Partei unter den jungen Männern, bei den jungen Frauen gewinnt die Linke. Ist die Jugend

ein Spiegelbild der politischen Polarisierung in unserem Land?

Bestseller-Autor und Deutschlands bekanntester Generationenforscher, Rüdiger Maas, hat im Rahmen zahlreicher repräsentativer Studien ebenso alarmierende wie wertvolle Einblicke in die Lebenswirklichkeit junger Menschen gewinnen können. In unzähligen Interviews, die er mit seinem Forscherteam vom Institut für Generationenforschung führte, sprach er mit jungen Menschen, statt nur über sie.

In Generation rechts? klärt Maas differenziert und vorurteilsfrei darüber auf, was junge Menschen heute bewegt, welche Rolle die Sozialen Medien bei der politischen Meinungsbildung spielen und was extreme Erziehungsstile, wie die Überbehütung, mit der Anziehung für autoritäre Kräfte zu tun haben.

Das Must-read für alle, die unsere tief gesplattene Jugend verstehen möchten. ■

[ub]

BUCHTIPP / BUNDESKANZLER-HELMUT-KOHL-STIFTUNG

Erster Band der wissenschaftlichen Schriftenreihe

Helmut Kohls Beziehung zur Sowjetunion und ihrem Nachfolgestaat Russland spielte eine entscheidende Rolle am Ende des Kalten Krieges und in der Phase der Neugestaltung Europas in den 1990er Jahren.

Von seinem ersten Besuch in Moskau — 1975 als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz — bis zu seinem besonderen, auch persönlichen Verhältnis zu Michail Gorbatschow und Boris Jelzin baute

Kohl Brücken zum Kreml. Die Beiträge in diesem ersten Band der wissenschaftlichen Schriftenreihe der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung berücksichtigen inzwischen zugängliches Archivmaterial, aus dem sich wichtige Facetten der Außenpolitik des Bundeskanzlers ablesen lassen.

Gespiegelt werden die geopolitischen Veränderungen in seiner Regierungszeit und nicht zuletzt Helmut Kohls Sicht auf

den »mächtigsten Nachbarn im Osten«, wie er sich selbst ausdrückte. Mit Beiträgen von Kristina Spohr und Stephan Kieninger, Bastian Matteo Scianna, Ulrich Schlie, Robert Vehrkamp und Hermann Wentker. CH. Links Verlag ■

[ub]

XXIII VDPV KONGRESS

Bericht zum XXIII VdPV Kongress 28./29. April 2026 in Fulda

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser letzter Kongress der XXII im April 2022 stand unter verschiedenen Vorzeichen. Es wurde heftig darüber diskutiert, ob der Verband sich auflösen soll; es war bekannt, dass unsere Geschäftsführerin Eugenie Fieker im Juni 2022 in den Ruhestand geht und dass unser bisheriger Bundesvorsitzender nach 29 Amtsjahren nicht noch einmal antritt.

Wir haben uns dann entschieden, dass der VdPV weiterarbeitet, der Verband neu aufgestellt wird. Mit mir, Ulrich Bösl, wurde ein neuer Vorsitzender gewählt. Ich möchte sofort vorausschicken, dass

Sonnek, CGPT und Führungskräfteverband.

Eine neue Geschäftsführung wird nicht eingestellt. Die Aufgaben werden von der Firma Sonnek, Bürodienstleister übernommen sowie vom neuen Bundesvorsitzenden.

Eine Buchhalterin, Frau Monika Weinberg, wird im Rahmen eines Minijob Beiträge einziehen und Rechnungen bezahlen.

Der Steuerberater Hugo Dieding hat die Funktion Lohnbüro übertragen bekommen und regelt alle Fragen mit den Sozialversicherungen und dem Finanzamt.

gespielt. Insbesondere gab es Probleme mit der Postbank/Deutsche Bank.

Am 18/19 April 2024 fand in Kassel ein Sonderkongress des VdPV statt. Es musste die Satzung angepasst werden. Der Sitz des VdPV wurde nach Essen verlegt. Vorstandsmitgliedern wurde es möglich gemacht auch als Bezirksleiter tätig zu werden. Dies wurde dann beim Amtsgericht in Essen eingetragen.

Gerne berichte ich von positiven Neuerungen:

Glückwünsche zum Verbandsjubiläum werden vom Bundesvorsitzenden direkt gemacht mit einem Anschreiben und einem Gutschein.

Bei runden Geburtstagen werden die Mitglieder durch unser Vorstandsmitglied Angelika Gühl angeschrieben.

Unser Mitgliederinformation „Die Landpost“ erscheint jetzt nach Beschluss vom Bundesvorstand und Bezirksleiterkonferenz dreimal im Jahr. Sie soll über die Arbeit im VdPV informieren und verstärkt über berufs- und sozialpolitische Fragen informieren.

Ferner informiert unsere Internetauftritt über den VdPV. Er musste erneuert werden, da die Technik veraltet war.



wir eine freundschaftliche Zusammenarbeit im Bundesvorstand und mit den Mitgliedern der Bezirksleiterkonferenz haben.

In der ersten Sitzung in neuer Zusammensetzung hat der Bundesvorstand dann die Weichen neu gestellt.

Unsere Geschäftsstelle in Ibbenbüren wird aufgelöst und zieht nach Essen in die Bürogemeinschaft mit der Firma

Wir haben die Druckerei gewechselt und sind jetzt bei der Gemeindebriefdruckerei. Diese ist recht günstig und zuverlässig. Der Versand der Landpost wird vom Lettershop Müller in Bremen erledigt. Beides hat sich bewährt.

Den Umzug haben Eugenie Fieker und Ulrich Bösl gemeinschaftlich organisiert und durchgeführt. Nach ersten Anfangsschwierigkeiten hat sich alles ein-

Unser VdPV erfüllt alle Satzungsgemäßen Aufgaben.

Wir informieren, beraten und unterstützen unsere Mitglieder in beruflichen und sozialen Fragen. Wir zahlen auf Antrag der Hinterbliebenen eines Mitglieds den Grabpflezuschuss. Unsere Freizeitunfallversicherung wird in Anspruch genommen und leistet Zahlungen an unsere Mitglieder.



Der Kur- und Erholungszuschuss wird auf Antrag und Nachweis gezahlt. Er wurde 2024 von 10 € auf 15 € pro Tag angehoben.

Die meisten unserer Bezirke arbeiten aktiv und treffen sich regelmäßig. Aufgrund der rückläufigen Mitgliederzahlen wurden Bezirke zusammengelegt. So wurde ein neuer Bezirk Mittel-

deutschland, Hessen/ Rheinland Pfalz/ Saar, Baden-Württemberg, NRW und Niedersachsen/Bremen/Hamburg errichtet.

Das Interesse und Engagement unserer Mitglieder ist groß und die Versammlungen sind gut besucht. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden und der Bundesvorsitzende sind oft Gäste der Bezirksversammlungen. Der Bundesvor-

sitzende besucht so drei Veranstaltungen im Jahr. In jedem Jahr finden zwei Bundesvorstandssitzungen statt. Eine in Verbindung mit der Bezirksleiterkonferenz und eine separate Sitzung. Sprecherin der Bezirksleiter ist unsere Kollegin Ursula Grünebaum.

In Königswinter, Essen, Fulda, Kassel, Lüneburg, Würzburg und Staffelstein wurde getagt.

Im Rahmen einer Sitzung des Bundesvorstandes wurde der Düsseldorfer Landtag besucht. Es fand ein Gespräch mit den Abgeordneten Markus Höhner und Daniel Hagemeier statt.

Der Bundesvorsitzende hatte darüber hinaus mehrere Gespräche mit Politikern über berufliche und sozialpolitische Fragen wie zum Beispiel mit Staatsminister Dr. Michael Meister und dem Landtagspräsidenten von Thüringen Thaddäus König.

Vorstand und Bezirksleiterinnen und -leiter sind bemüht und auch ganz gut in der Vertretung der VdPV Mitgliederinteressen. ■

[ub]



VdPV Bundesvorsitzender Ulrich Bösl nahm an einer Berufsratssitzung der CESI in Berlin teil. Hier das Gruppenfoto von Postgewerkschaftsvorsitzenden und Berufsverbandsvorsitzenden in Europa.

TAGUNG DES VERBANDES DES POSTVERTRIEBSPERSONALS IN FULDA

Toller Kongress



**U n s e r
XXIV-Kongress fand
vom 27.-29. April 2026 im Parkhotel
in Fulda statt.**

**Am 27.04.2026 trafen nach und nach
die Bezirksleiter, Vorstandsmitglie-
der und Delegierte ein. Nachdem
Vorstand und Bezirksleiter getagt
hatten startete der Kongress am
28. April 2026.**

Bundesvorsitzender Ulrich Bösl konnte
den Ehrenvorsitzenden Tony Ilg beson-
ders begrüßen sowie vom Ehrenvorsit-
zenden Ferdinand Kloppmann Grüße
ausrichten. Nach der Wahl von Christa
Aschoff zur Tagungsleitung und der
Wahl von Ingo Gühl, Johann School-
mann und Ulrike Wegener zur Wahl-
kommission, gab Vorsitzender Bösl ei-
nen Bericht über die Arbeit der letzten

4 Jahre, den Kassenbe-
richt und einen berufs-
politischen Bericht.

Die Kassenprüfer Ul-
rike Wegener und
Johann Schoolmann
bestätigten eine
einwandfreie Kas-
senführung.

Nach der Beratung von berufspoliti-
schen Anträgen und Anregungen unter
Punkt Verschiedenes konnte der har-
monisch verlaufene Kongress beendet
werden.

Ein gemütlicher Abend und Ausflug
zum Schloss Eichenzell rundeten die
Veranstaltung ab. ■



Danach
fanden die Vorstandswah-
len statt. Einmütig wurde
der neue Bundesvorstand
gewählt:

Bundesvorsitzender:
Ulrich Bösl

**Stellvertretende
Bundesvorsitzende:**
Rita Hochberg,
Heike Sjaugen und
Thomas Feil.

Beisitzer wurden:
Angelika Gühl,
Heike Niendorf und
Karl-Heinz Hepp

Die **Kassenprüfer**
wurden im Amt bestätigt.

DHL GROUP

Ergebnisprognose übertroffen, Dividende erhöht

**Konzernumsatz geht im Geschäfts-
jahr 2025 unter anderem aufgrund
von Währungseffekten auf 82.9 Mil-
liarden Euro zurück (GJ 2024: 84,2
Milliarden Euro).**

EBIT-Prognose übertroffen: Operatives
Ergebnis auf 6,1 Milliarden Euro verbes-
sert (GJ 2024: 5,9 Milliarden Euro)

Höhere Profitabilität durch aktives Kapa-
zitätsmanagement und strukturelle Kos-
tenverbesserungen: EBIT-Marge bei 7,4

Prozent (GJ 2024: 7,0 Prozent) Konzern
übertrifft Prognose mit starkem Free
Cashflow (ohne M&A) von 3,2 Milliar-
den Euro (GJ 2024: 3,0 Milliarden Euro)

Gewinn je Aktie (unverwässert) auf 3,09
Euro gestiegen (GJ 2024: 2,86 Euro je
Aktie)

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der
Hauptversammlung eine Dividendener-
höhung auf 1,90 Euro je Aktie vor (GJ
2024: 1,85 Euro je Aktie) DHL Group

erwartet für 2026 ein operatives Ergeb-
nis von über 6,2 Milliarden Euro sowie
einen Free Cashflow, (ohne M&A) von
rund 3 Milliarden Euro

CEO Tobias Meyer: „Dank aktivem Ka-
pazitätsmanagement und strukturellen
Kostenverbesserungen haben wir unse-
re Finanzziele übertroffen. Gleichzeitig
investieren wir weiter gezielt in weltwei-
te Wachstumsmärkte und -sektoren.“ ■

[ub]

BUNDESVERWALTUNGSGERICHT

Pflicht zum elektronischen Rechtsverkehr mit Gerichten
auch für Beliehene

§ 55d VwGO, wonach u. a. „Behörden“
den Gerichten der Verwaltungsgerichts-
barkeit Schriftsätze als elektronische Do-
kumente zu übermitteln haben, gilt auch
für Beliehene als Behörden im funktionel-
len Sinn (hier: die Deutsche Bank AG im
gerichtlichen Disziplinarverfahren). Das hat
das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig
heute entschieden.

In einem Disziplinarverfahren gegen eine
Beamtin, die in einer Filiale der Postbank
als einem Postnachfolgeunternehmen
beschäftigt war, wurde die Disziplinar-
klageschrift per Briefpost an das Verwal-
tungsgericht übermittelt. Klägerin ist die
Bundesrepublik Deutschland, vertreten
durch den Vorstand der Deutschen Bank
AG, dieser vertreten durch den Zentralen
Beauftragten für Disziplinarangelegenhei-
ten und Regressverfahren.

Das Verwaltungsgericht hat die Beklagte
antragsgemäß aus dem Beamtenverhält-
nis entfernt, das Berufungsgericht hat die
Berufung der Beklagten zurückgewiesen.
Beide Vorinstanzen haben angenommen,
dass die Pflicht zur elektronischen Über-
mittlung gemäß § 55d VwGO für die Deut-
sche Bank AG nicht gelte; der Begriff der
„Behörde“ in dieser Bestimmung erfasse
lediglich Behörden im organisatorischen,
nicht aber im funktionellen Sinn und damit
auch nicht beliehene Unternehmen des
Privatrechts.

Das Bundesverwaltungsgericht hat auf
die Revision der Beklagten die vorinstanz-
lichen Urteile aufgehoben und die Diszi-
plinarklage als unzulässig abgewiesen. Die
Disziplinaranzeige ist nicht wirksam erhoben,
weil die Formvorschrift des § 55d VwGO
nicht beachtet worden ist, die u. a. „Be-
hörden“ zur Teilnahme am elektronischen
Rechtsverkehr mit den Gerichten der Ver-
waltungsgerichtsbarkeit verpflichtet. Zwar
ist die Deutsche Bank AG als juristische Per-
son des Privatrechts, die Dienstherrenbefug-
nisse gegenüber den bei ihr beschäftigten
Beamten im Auftrag des Bundes als Belie-
hene ausübt, keine Behörde im organisa-
torischen Sinn. § 55d VwGO erfasst aber
auch Behörden im funktionellen Sinn. Dies
folgt insbesondere aus Sinn und Zweck der
Bestimmung in Verbindung mit der Geset-
zeshistorie. Der Gesetzgeber knüpfte bei
Einführung der Bestimmung im Jahr 2013
an das kurz zuvor beschlossene Gesetz zur
Förderung der elektronischen Verwaltung
(E-Government-Gesetz - EGovG) an, für
das er den weiten, funktionellen Behör-
denbegriff des Verwaltungsverfahrensges-
etzes zugrunde gelegt hatte. Hieraus wird
deutlich, dass die Regelungen des elektro-
nischen Rechtsverkehrs für die Gerichte an
diejenigen für die Verwaltung anschließen
sollten. Außerdem ist die Verpflichtung zur
Teilnahme am elektronischen Rechtsver-
kehr die prozessuale Kehrseite der materi-
ellen Inanspruchnahme von Hoheitsbefug-
nissen: Wer als Beliehener sich der Formen

und des Verfahrens der Verwaltung be-
dient und vor den Verwaltungsgerichten
klagt und verklagt wird, soll auch den für
Behörden geltenden Regeln für den Ver-
kehr mit den Verwaltungsgerichten unter-
liegen.

Das Urteil steht einer erneuten Erhebung
der Disziplinaranzeige - unter Beachtung des
§ 55d VwGO - nicht entgegen.

**BVerwG 2 C 11.25 -
Urteil vom 23. April 2026**

Vorinstanzen:

VG Berlin, VG 85 K 1/23 OB - Urteil vom
20. Juni 2024 -
OVG Berlin-Brandenburg, OVG 82 D 2/24
- Urteil vom 27. März 2025 -

**§ 55d VwGO Nutzungspflicht für
Rechtsanwälte, Behörden und vertre-
tungsberechtigte Bevollmächtigte (ak-
tuelle Fassung)**

1. Vorbereitende Schriftsätze und deren
Anlagen sowie schriftlich einzureichende
Anträge und Erklärungen, die durch einen
Rechtsanwalt, durch eine Behörde oder
durch eine juristische Person des öffentli-
chen Rechts einschließlich der von ihr zur
Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben ge-
bildeten Zusammenschlüsse eingereicht
werden, sind als elektronisches Dokument
zu übermitteln. ■

[ub]

BUCHTIPP

Mit Gott gegen die Demokratie

**Ohne christliche Nationalisten gäbe
es keinen US-Präsidenten Donald
Trump. Sie rufen „Christ is King!“
und wollen Staat und Gesellschaft in
eine Theokratie umwandeln. In Do-
nald Trump sehen sie einen von Gott
gesandten Rächer. Dessen Kriegsmini-
ster inszeniert sich als „Christian
Warrior“.**

Arnd Henze zeigt in seinem Buch, wie
Religion zum Machtinstrument wird.

Das Buch stellt zentrale Akteure vor,
untersucht die Strategien der Gottes-
krieger und erklärt, wie sie sich global
vernetzen. „Im Bündnis mit der Macht
des US-Präsidenten hat sich der christ-
liche Nationalismus zu einer globalen
Bedrohung für Demokratie und Rechts-
staat radikalisiert“, sagt Arndt Henze
und ergänzt, „aber er ist nicht allmächt-
tig. Widerstehen ist möglich!“. Das gibt
Hoffnung. Aber das Widerstehen ist nur
möglich, wenn Demokraten nun ent-

schlossen, handeln. Der Autor verbind-
et präzise Recherche mit historischer
Tiefenschärfe und fragt, welche Lehren
aus der Vergangenheit heute weiterhel-
fen. Sein Ausblick bleibt hoffnungsvoll:
Wer die Mechanismen versteht, mit de-
nen Religion zur politischen Waffe wird,
kann sich wehren. In den USA — aber
auch in Deutschland. ■

[ub]

DEUTSCHE GESETZLICHE UNFALLVERSICHERUNG (DGUV)

Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit erhöhen Deutschlands Krisenfestigkeit

- **Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle ist vorläufigen Zahlen der gesetzlichen Unfallversicherung zufolge 2025 auf rund 731.000 zurückgegangen.**
- **Sicherheit und Gesundheit erhöhen die Krisenfestigkeit des Standorts Deutschland. Dieser Aussage stimmen 9 von 10 befragten Beschäftigten und Führungskräften zu.**
- **Je nach Branche sind Unternehmen unterschiedlich gut auf Krisenszenarien vorbereitet.**

Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle ist 2025 weiter gesunken. Das ergibt sich aus vorläufigen Statistiken, die die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) heute in Berlin veröffentlicht hat. Danach gab es im vergangenen Jahr 730.598 meldepflichtige Arbeitsunfälle, rund 24.000 weniger als im Jahr zuvor. 335 Menschen verstarben bei einem Arbeitsunfall — zehn weniger als im Vorjahr. 9.690 Versicherte erhielten erstmals eine Rente wegen eines Arbeitsunfalls — ein Rückgang um 233. Mit den Unfallzahlen legte der Verband der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen das 2 DGUV Barometer Arbeitswelt 2026 vor, eine repräsentative Befragung von Erwerbstätigen zum Stand von Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt. Nach Ansicht der Befragten erhöhen Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit die Krisenfestigkeit des Standorts Deutschland. Mit Blick auf mögliche Ausnahmesituationen sehen die Befragten ihre Unternehmen am häufigsten gut vorbereitet auf Pandemien, Brände und Cyberangriffe, seltener dagegen auf Szenarien wie Lieferkettenbeeinträchtigungen, Naturkatastrophen oder langanhaltende Stromausfälle.

Hohe Zustimmung für Prävention

Breite Zustimmung (90 Prozent) findet unter den Befragten die Aussage, dass Prävention Unternehmen stärkt und die Krisenfestigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland erhöht. Als wichtig werden insbesondere konkrete Einzelmaßnahmen wie die Benennung und

Qualifizierung von Ersthelfenden (94 Prozent), Brandschutzhelfenden (84 Prozent) und Sicherheitsbeauftragten (84 Prozent) erachtet. Auch eine deutliche Mehrheit von Führungskräften stimmt der Aussage zu, dass Prävention Unternehmen stärkt. Bei den Gründen, warum sie sich persönlich für Arbeitsschutz einsetzen, liegt ein Grund ganz vorn:

94 Prozent wollen ihren Beschäftigten ermöglichen, gesund bis zur Rente zu arbeiten. Erst danach folgen Motive wie die Einhaltung von Vorgaben, wirtschaftliche Gründe oder die Attraktivität als Arbeitgeber. Die Unterstützung für Prävention spiegelt sich auch in der Entwicklung der Ausgaben für Sicherheit und Gesundheit: Ein Drittel der befragten Führungskräfte gibt an, ihr Unternehmen habe in den vergangenen 12 Monaten mehr für Arbeitsschutzmaßnahmen ausgegeben. „Prävention ist kein Extra, sondern die Grundlage dafür, dass Betriebe auch unter Druck gut funktionieren“, kommentiert DGUV-Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Fasshauer die Ergebnisse der Befragung. „Arbeitsschutz und Sicherheitskultur helfen nicht nur dabei, Unfälle und Erkrankungen zu verhindern. Sie sind auch wichtig für Resilienz und Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt.“

Krisen und Notfälle: Unternehmen unterschiedlich gut vorbereitet

Eine große Mehrheit der Befragten (89 Prozent) hält Präventionsmaßnahmen für wichtig, damit ihr Unternehmen für Krisenfälle gewappnet ist. Zurückhaltender fallen die Antworten mit Blick auf die tatsächliche Vorbereitung des jeweiligen Unternehmens auf Krisen und Störfälle aus. Vergleichsweise am häufigsten halten die Beschäftigten ihr Unternehmen gut auf Pandemien (64 Prozent) sowie auf Brände oder Explosionen (60 Prozent) vorbereitet. Die Hälfte vermutet das auch im Hinblick auf Cyberangriffe. Fragt man nach Szenarien wie beeinträchtigte Lieferketten, Gewaltereignisse, Naturkatastrophen oder langanhaltende Stromausfälle, sehen nur rund ein Drittel der Befragten ihr

Unternehmen gut gewappnet. Um für Notfälle oder Krisen gewappnet zu sein, treffen Unternehmen laut den Befragten am häufigsten Vorkehrungen wie Ausbildung und Übung, zum Beispiel in den Bereichen Brandschutz, Erste Hilfe oder Notfalltraining (67 Prozent), IT-Sicherheitsmaßnahmen (61 Prozent) oder Notfall- und Krisenpläne (50 Prozent). Generell zeigt sich: Je kleiner das Unternehmen oder die Einrichtung, desto seltener wurden bereits Maßnahmen zur Krisen- oder Notfallvorsorge getroffen. Befragte aus Kleinunternehmen geben auch deutlich seltener an, dass der Betrieb eine Gefährdungsbeurteilung oder Brandschutzübungen durchführt, als Befragte, die in größeren Unternehmen arbeiten. „Als Gesellschaft entdecken wir gerade wieder, wie wichtig die Themen Krisenvorsorge und Prävention sind“, betont DGUV-Hauptgeschäftsführer Fasshauer. Zu einer guten Sicherheitskultur gehöre auch das Wissen, was im Notfall zu tun sei. Die gesetzliche Unfallversicherung unterstütze die Betriebe hierbei ganz konkret — zum Beispiel, indem sie jährlich über 2 Millionen Arbeitnehmende in Erster Hilfe und rund 100.000 als Sicherheitsbeauftragte qualifiziere, die diese Funktionen zusätzlich zu ihrer betrieblichen Tätigkeit übernehmen. „Krisenfestigkeit beginnt auch am Arbeitsplatz“, so Fasshauer, „mit Strukturen, die im Ernstfall sofort wirken: Ersthelfende, Brandschutzhelfende, Sicherheitsbeauftragte und klare Abläufe für Notfälle. Dieses Wissen nehmen die Beschäftigten natürlich auch mit — in den Alltag, ins Ehrenamt, ins Private. So wird nachhaltige Krisenkompetenz auch in die Breite getragen.“

Weitere Ergebnisse DGUV Barometer Arbeitswelt 2026

Als Unfallrisiken am eigenen Arbeitsplatz geben die Befragten mehrheitlich Risiken durch Stolpern, Rutschen und Stürzen (53 Prozent) an. Je rund ein Fünftel sieht am eigenen Arbeitsplatz Unfallrisiken durch Bedrohung, Übergriffe oder Gewalt (22 Prozent) beziehungsweise durch den Umgang mit Werkzeugen (21 Prozent) oder Maschinen (21 Prozent). Risiken durch Gewalt

nennen besonders häufig Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in Bildungseinrichtungen.

Mit Blick auf Belastungen bei der Arbeit werden am häufigsten Stress durch organisatorische Faktoren wie häufige Unterbrechungen, hohe Arbeitsintensität oder unklare Zuständigkeiten genannt. Dies gibt die Hälfte der Befragten an. Etwa ein Drittel der Befragten berichtet von Belastungen, die sich aus den Arbeitsinhalten und -aufgaben (zum Beispiel fehlende Handlungsspielräume und Informationen) oder sozialen Beziehungen (fehlende Unterstützung, mangelnde Anerkennung) ergeben. Etwa ein Fünftel erlebt Belastungen als Folge der Arbeitszeitgestaltung (zum Beispiel fehlende Pausenzeiten), der Arbeitsumgebung (Lärm, Beleuchtung) oder körperlicher Arbeit (schweres Heben und Tragen). Ein Fünftel gibt an, keiner der genannten Belastungen ausgesetzt zu sein.

In Zukunft werden nach Ansicht der Befragten vor allem Risiken durch eine erhöhte psychische Belastung (60 Prozent)

und veränderte Altersstrukturen (48 Prozent) zunehmen. 45 Prozent rechnen damit, dass Risiken durch Cyberangriffe zunehmen. Dass Gefährdungen durch klimatische Veränderungen wachsen, glauben insbesondere Beschäftigte im Baugewerbe. Steigende Risiken durch Künstliche Intelligenz erwarten vor allem Beschäftigte im Finanz- und Versicherungssektor.

Rund zwei Drittel der Befragten bewerten die wirtschaftliche Situation ihres Arbeitgebers als sehr gut oder gut. Als größte wirtschaftliche Herausforderungen für das eigene Unternehmen sieht die Mehrheit ein Übermaß an Bürokratie (56 Prozent), gefolgt von Personal- und Fachkräftemangel (51 Prozent) und Inflation (41 Prozent). Am häufigsten geben Beschäftigte in der öffentlichen Verwaltung sowie im Gesundheits- und Sozialwesen an, unter einem Übermaß an Vorschriften und Personalmangel zu leiden.

Hintergrund zur Befragung durch forsa

Das GT DGUV Barometer Arbeitswelt 2026 untersucht Belastungen und Un-

fallrisiken im Arbeitsalltag, die Krisenfestigkeit von Unternehmen sowie Veränderungen bei den Aufwendungen für Arbeitsschutz. Im Auftrag des Spitzenverbands der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), führte forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH für das DGUV Barometer Arbeitswelt 2026 eine bundesweite, repräsentative Befragung unter Erwerbstätigen in Deutschland durch.

Insgesamt wurden 2.015 Erwerbstätige aus Unternehmen mit mindestens zwei Mitarbeitenden befragt, darunter 544 Führungskräfte und Unternehmerinnen bzw. Unternehmer. Die Befragung fand vom 6. bis 19. Februar 2026 im Panel forsa.omninetstatt. Die Ergebnisse lassen sich mit einer statistischen Fehlertoleranz von $\pm 2,5$ Prozentpunkten auf die Grundgesamtheit übertragen werden. ■

[ub]

RENTEN-, KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

Gespräch über die geplanten Reformen

Zu einem Gespräch über die geplanten Reformen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung...

... sprach der VdPV Bundesvorsitzende Ulrich Bösl mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Stefan Nacke aus Münster. Im Berliner Reichstagsgebäude disku-

tierte Bösl mit Nacke, der auch Vorsitzender der CDU/CSU Arbeitnehmergruppe ist. ■

[ub]

Ulrich Bösl mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Stefan Nacke



BEZIRK MITTELDEUTSCHLAND

Treffen in Eberswalde

Die Mitglieder des VdPV in Mitteldeutschland trafen sich am 07. Juni 2026 im Hotel Wilder Eber in Eberswalde zu einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung. Bezirksleiterin Ursula Grüneberg und Bundesvorsitzender Ulrich Bösl gaben Berichte ab und standen den Mitgliedern Rede und Antwort. Nachmittags gingen die VdPV-Mitglieder zu einem Zoo Besuch in Eberswalde. ■ [ub]



Gruppenfoto mit Bezirksleitern im Mittelpunkt



VDPV

VdPV Bundesvorsitzender Ulrich Bösl erhielt das Bundesverdienstkreuz

Für seine Verdienste als langjähriger Kommunalpolitiker und Gewerkschafter erhielt der CGPT-Ehrenvorsitzende Ulrich Bösl vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz verliehen. Gewürdigt wurden Bösl's Arbeit als Ratsmitglied (30 Jahre), als CDU-Orts und Fraktionsvorsitzender, als Mitglied im geschäftsführenden CDU-Kreisvorstand (43 Jahre), als Bundesvorsitzender der CGPT, als Landesvorsitzender des CGB NRW und als Mitglied und Stellvertreter CGB-Bundesvorsitzender. Auch war er Mitglied in der sozialen Selbstverwaltung und als ehrenamtlicher Disziplinarrichter. In einer sehr persönlich gehaltenen Feierstunde im Warendorfer Kreishaus wurde Ulrich Bösl vom Landrat Dr.Olaf Gericke das Verdienstkreuz und die Urkunde verliehen. ■ [ub]



Waderslohs Bürgermeister Christian Thegelkam, Susanne Bösl-Hillen, Ulrich Bösl und Landrat Dr. Olaf Gereke

IMPRESSUM:
„Die Landpost“ erscheint im
Verlag: Verband des PostVertriebspersonals
e. V.
(VdPV), Gewerkschaft Postvertrieb
Bundesgeschäftsstelle:
Alfredstr. 155, 45131 Essen,
Tel. (02 01) 85 89 15 05

eMail: info@vdpv.de
Internet: www.vdpv.de

Verantwortlich für den Inhalt:
Ulrich Bösl, VdPV Bundesvorsitzender
Schlußredaktion: Ulrich Bösl
Satz und Layout: ARTInspire

Verkaufspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Kontoverbindung für alle Zahlungen:
Postbank IBAN:
DE85 4401 0046 0066 8794 63

Druck: www.Gemeindebriefdruckerei.de
Der Umwelt zuliebe auf chlorfreiem Papier
gedruckt

WELTTAG DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT:

Gesetzliche Unfallversicherung stärkt Chancen und Teilhabe für alle

Sicherheit, Gesundheit und faire Chancen für alle — unter anderem das macht soziale Gerechtigkeit aus. Im Arbeitskontext bedeutet dies, dass jeder Beschäftigte zuverlässig geschützt ist und nach einem Unfall oder im Falle einer Berufskrankheit umfassende Unterstützung erhält.

Mit ihren Leistungen sorgt die gesetzliche Unfallversicherung dafür, dass dieser Schutz unabhängig von Einkommen, Branche oder persönlicher Situation für alle Versicherten gilt. Darauf weisen Unfallkassen, Berufsgenossenschaften und ihr Spitzenverband, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), anlässlich des Welttags der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar hin. Die gesetzliche Unfallversicherung ist Teil der sozialen Sicherung in Deutschland und ein wichtiger Baustein, wenn es um Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe geht. Ihre Leistungen reichen von der Prävention über medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation bis hin zu finanziellen Unterstützungen, etwa Verletzengeld oder Renten.

„Diese Leistungen dienen nicht nur der individuellen Absicherung, sondern stärken das gesamte soziale Gefüge — indem sie langfristig Arbeitsfähigkeit und Beschäftigung sichern. Davon profitieren Versicherte, Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt“, sagt Dr. Stephan Fasshauer, Hauptgeschäftsführer der DGUV.

Rechtssicherheit und Gleichbehandlung durch Haftungsablösung

Ein zentraler Pfeiler sozialer Gerechtigkeit im System der Unfallversicherung ist die Haftungsablösung. Durch sie müssen Unternehmerinnen und Unternehmer keine Schadensersatzansprüche fürchten, wenn ihre Beschäftigten einen Arbeits- oder Wegeunfall erleiden oder berufsbedingt erkranken. Auch Beschäftigten bietet das Prinzip der Haftungsablösung umfassende Vorteile: Sie erhalten Heilbehandlung, Rehabilitation und Entschädigung aus einer Hand durch Berufsgenossenschaften und Unfallkassen, unabhängig von der

Verschuldensfrage oder der finanziellen Lage des Unternehmens. „Die Haftungsablösung ist ein sozialpolitischer Meilenstein und ein Schlüssel für mehr Fairness im Arbeitsleben“, so Fasshauer. „Sie schützt Beschäftigte wie Betriebe vor langwierigen Rechtsstreitigkeiten und gibt gleichzeitig finanzielle Sicherheit. Das schafft sozialen Frieden im Betrieb und ermöglicht es Unternehmen, sich auf ihre Verantwortung für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu konzentrieren.“

Hintergrund

Unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung stehen mehr als 67 Millionen Menschen in Deutschland, darunter Beschäftigte, Kinder in Kitas, Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Ehrenamtliche. Sie finanziert sich ausschließlich aus Beiträgen der Unternehmen - Versicherte zahlen nichts. ■

[ub]

Für eine Welt ohne Hunger



WELT HUNGER HILFE

Ein Leben ohne Hunger ist ein Menschenrecht. Dennoch müssen weltweit etwa 733 Millionen Menschen hungern. Gemeinsam mit unseren Unterstützer*innen haben wir ein Ziel:

Deutsche Welthungerhilfe e.V.
Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE15 3705 0198 0000 0011 15
BIC: COLSDE33
Betreff: Welt ohne Hunger

QR Code: 

Bildnachweis © 1017401508 - Andres Mejia - www.stock.adobe.com

POST IM WANDEL DER ZEIT

Tschüss, Postbote! Briefe sterben aus

Dänemark schafft Briefpost ab. Wann ziehen wir nach? Der Postbote kommt nicht mehr — Dänemark hat die Briefträger abgeschafft. Auch bei uns sterben die Briefe. Was wir verlieren, ahnen die wenigsten. Ein Abgesang.

Helmut Kohls Beziehung zur Sowjetunion und ihrem Nachfolgestaat Russland spielte eine entscheidende Rolle am Ende des Kalten Krieges und in der Phase der Neugestaltung Europas in den 1990er Jahren. Von seinem ersten Besuch in Moskau — 1975 als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz — bis zu seinem besonderen, auch persönlichen Verhältnis zu Michail Gorbatschow und Boris Jelzin baute Kohl Brücken zum Kreml. Die Beiträge in diesem ersten Band der wissenschaftlichen Schriftenreihe der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung berücksichtigen inzwischen zugängliches Archivmaterial, aus dem sich wichtige Facetten der Außenpolitik des Bundeskanzlers ablesen lassen. Gespiegelt werden die geopolitischen Veränderungen in seiner Regierungszeit und nicht zuletzt Helmut Kohls Sicht auf den »mächtigsten Nachbarn im Osten«, wie er sich selbst ausdrückte. Mit Beiträgen von Kristina Spohr und Stephan Kieninger, Bastian Matteo Scianna, Ulrich Schlie, Robert Vehrkamp und Hermann Wentker

Von Dänemark, so heißt es, kann sich Deutschland manche Scheibe abschneiden. Unser Nachbar gilt oft als Vorbild. Das Land heisst etwa weltweit Lob für seine fahrradfreundliche Stadtplanung ein. In Sachen Klima- und Energiewende zählt das Land ebenso zu den Musterknaben wie bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens.

Jetzt geht Dänemark einmal mehr vorweg. Seit 1. Januar gibt es dort keine staatliche Briefzustellung mehr. Als erstes Land in Europa hat Dänemark sie abgeschafft. Für Pakete bleibt zwar der dänisch-schwedische Staatskonzern Post-Nord zuständig, nicht aber für Briefe. Wer also auf Papier jemandem einen Glückwunsch, eine Rechnung, einen Vertrag oder was auch immer übermitteln will, muss einen privaten Briefdienstleister nutzen. Die Alternative ist die digitale Post. Oder E-Mail. Ist das der Anfang vom Ende eines Stücks Kulturge-schichte auch bei uns?

Hierzulande befördert der Staat seit Grün-

ung des Kaiserreichs 1871 Briefe. Ursprünglich erledigte das die Deutsche Reichspost. Inzwischen ist selbst die Nachfolgerin, die Deutsche Bundespost, längst Geschichte. Briefe sind jetzt Sache der Deutschen Post AG, die wiederum Teil der „DHL Group“ ist. Müssen wir uns Sorgen, dass auch bei uns bald Postboten nur noch in alten Filmen auftauchen, uns aber keinen Brief und keine Postkarte mehr ins Haus tragen? Der Grund für das Briefpost-Aus in Dänemark: Der Bedarf schrumpfte in atemberaubendem Tempo. Seit 2000 sank die Zahl verschickter Briefe um 90 Prozent. Da war das Ende so absehbar

wie der Aschermittwoch nach dem Rosenmontag. Ganz so drastisch sieht es bei uns nicht aus, aber: Auch in Deutschland sinkt die Zahl verschickter Briefe seit Jahren stark. 2015 waren es 15,7 Milliarden, 2025 nur noch knapp 9,4 Milliarden. Ein Minus von fast 60 Prozent. Zudem muss man heute lange suchen, um einen Postkasten zu finden und erst recht eine Postfiliale. 1990 unterhielt die Post noch mehr als 29.000 Filialen mit eigenem Personal. Die gibt es heute so gut wie gar nicht mehr, denn schon 2011 kündigte die Post die Schließung aller eigenen Filialen an. Was sich heute „Postfilialen“ nennt, sind in Wahrheit privat geführte Agenturen, meist in Supermärkten, Bahnhöfen oder Kiosken. Davon gibt es rund 13.000. Das sind deutlich weniger als die 29.000 Filialen von einst, aber genug, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Die schreiben mindestens 12.000 Post-Servicepunkte in Deutschland vor. Seien wir realistisch: Wenn das Verschicken von Briefen weiter an Popularität verliert, wird der Tag kommen, an dem uns niemand mehr einen Brief in unser Haus trägt. Ich würde das bedauern, denn mit den Briefen verschwände nicht nur ein Jahrhunderte alter Kommunikationsweg. Es ginge auch ein Stück Kultur verloren.

Ein Beispiel: Als ich ein Teenie war, hatte meine Freundin für drei Wochen einen Ferienjob irgendwo weit weg. Es gab kein Handy, kein WhatsApp, keine Mail, kein Instagram und kein Tik-Tok, noch nicht einmal StudiVZ oder SchülerVZ (erinnert sich noch jemand?). Ich schrieb ihr jeden Tag einen Brief und saß jeden Morgen auf

heißen Kohlen, wann denn der Postbote endlich kommt. Ich bin sicher, dass viele Menschen etwas älteren Datums ähnliche Erfahrungen mit Liebesbriefen gemacht haben. Ein Brief ist etwas Besonderes. Er trägt etwas Wertschät-

zendes in sich. Bei aller Begeisterung für den Fortschritt würde ich es vermissen, gäbe es keine Briefe und Postboten mehr. Es ist etwas völlig anderes, ob ich jemandem mit einem Brief zum Geburtstag gratuliere und Weihnachtsgrüße übermittle, oder ob ich per WhatsApp, Facebook oder Mail gute Wünsche ins digitale Niemandsland hinausschicke, bei deren Formulierung mir obendrein auch noch KI zur Seite gestanden hat. Das mögen wir bedauern oder nicht: Stoppen werden wir die Entwicklung nicht.

Bei einem anderen Post-Trend aber haben wir das Ruder vielleicht noch in der Hand: bei Paketen. Der Versand von Paketen ist nämlich in den vergangenen Jahren massiv gestiegen: von 1 Million im Jahr 2000 auf mehr als 4 Millionen im vergangenen Jahr. Die Folgen: In unseren Städten schließt ein Geschäft nach dem anderen, während Paketdienste unsere Straßen verstopfen. Man geht nicht mehr in die Stadt zum Shoppen, sondern lässt sich alles ins Haus liefern. Retour gratis und inklusive. Und da wundern wir uns? ■

[ub]

Absender:

VdPV-Bundesgeschäftsstelle

Alfredstraße 155

45131 Essen

